

# presse

---

## **Aussetzung der Wehrpflicht: Bundesregierung lässt Hochschulen im Stich**

Zur Haltung der Bundesregierung in der Diskussion über die Folgen der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Die geplante Aussetzung der Wehrpflicht wird zu einer zusätzlichen Nachfrage nach Studienplätzen führen. Schätzungen der Bundesregierung zufolge müssen 52.000 Plätze an den Hochschulen geschaffen werden. Das verursacht Kosten von mehr als einer Milliarde Euro. Doch obwohl diese Situation allein durch eine Entscheidung des Bundes verursacht wird, will die Bundesregierung die Bundesländer und Hochschulen offenbar im Stich lassen. In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage drückt sich die Bundesregierung mit dem Verweis auf die Zuständigkeit der Länder weg.

Diese Verweigerungshaltung der Bundesregierung führt letztlich zu weiteren Belastungen der Länder, denen dann die Mittel für Investitionen in Bildung an anderen Stellen fehlen. Oder es wird kein ausreichendes Angebot geschaffen. Mit anderen Worten: Zehntausende finden keinen Studienplatz. Die Wehrpflicht darf aber nicht zulasten der Bildung und nicht auf dem Rücken der jungen Menschen ausgesetzt werden.